

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto: Hannover 57613
Gesch.-Konto: Essen . . . 2471

Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2000 Mark. — Preis- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortl. für den Inhalt: Carl Schuch, Bochum. Druck: H. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wismarstraße 38-42

Telephon-Nummern: 88, 89, 98
Telegramm: Altkarband Bochum

Verzögerung heißt Gefährdung!

In den Fragen, die wir an dieser Stelle unserer letzten Nummer besprochen, der Lohnpolitik und der Stärkung der Ruhrfront durch Entgiftung der innerpolitischen Atmosphäre, ist in der ersten Frage noch nicht der Fortschritt erzielt, der absolut notwendig ist. Die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern über die sogenannten wertbeständigen Löhne haben zu keiner Einigung geführt, so daß sich nunmehr das Reichskabinett damit beschäftigt wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hält an seinem Standpunkt fest, daß unter allen Umständen eine automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten erfolgt. In seiner Bundesversammlung vom 4. Juli hat der ADGB zu der Frage folgende Entschlieung angenommen:

„Der Ausschuß des ADGB empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahltag ist die amtliche Wechselfußung, die die wirtschaftliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Wechselfußung muß wöchentlich festgesetzt und möglichst kurz vor dem Lohntag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Die Anwendung der amtlichen Wechselfußung auf die Erhöhung der Löhne ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter am Angehörigen der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuß die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.“

Darüber hinaus bleibt der ADGB bei der Forderung der gesetzlichen Regelung dieser Frage, wenn die tariflichen Vereinbarungen auf Schwierigkeiten stoßen sollten.

In der zweiten Frage, Aufhören der Mordhetze im Lande und Aufhören der Attentate gegen unsere Bahnen usw. ist kein Fortschritt zu sehen. Der ADGB hat auch zu dieser Frage in seiner Bundesversammlung eine Entschlieung angenommen, welche diese Sabotageakte aufs schärfste verurteilt und energisches Einschreiten der deutschen Gerichte gegen die Attentäter fordert. Es ist ein unerträglicher Zustand, unter dem die Bevölkerung des Ruhrgebiets jetzt lebt. Die Explosion in Duisburg, 18 Tote und über 30 Verletzte, hat zur völligen Abperrung des Ruhrgebiets geführt. Ein dreifacher Postenkorde umschließt das Gebiet, vor sich hinausdrängen will, jetzt sich der Gefahr der Erdrückung aus. Straßenbahnen sind stillgelegt oder eingeschränkt, die Lebensmittelversorgung ernsthaft gefährdet. Kein Wort ist scharf genug, die Praxis der Franzosen im Ruhrgebiet zu verurteilen, kein Wort aber auch scharf genug zur Verurteilung der Provokationen, die den Franzosen die Vorwände für ihre Maßnahmen bieten.

Ein charakteristisches Beispiel für die „Erfolge“ solcher Attentate ist der Bericht des „Berliner Tageblatts“, den es unter dem 2. Juli aus Paris erhielt:

„Die Explosion von Duisburg gibt der französischen Presse die Möglichkeit, unmittelbar vor dem Beginn der abschließenden Verhandlungen mit England und Belgien die leidenschaftliche Erbitterung gegen Deutschland aufs neue zu entfachen. Wenn es sich wirklich um ein Verbrechen handelt und nicht um einen Unglücksfall, dann haben die Verbrechen, die diese Tat begangen haben, das Vaterland, dem sie dienen wollten, schwer geschädigt. Poincaré befindet sich in ziemlich schlechter diplomatischer Position, als dieser jeige Nord ein neues Argument für seine Politik gab“, sagt das „Echo“. „Reims, der zu Versöhnlichkeit neigte, ist jetzt gezwungen, hart zu bleiben. Die Engländer sind nicht mehr imstande, von Deutschlands gutem Willen zu sprechen. Die Vorkämpfer der Gewalt in Deutschland haben wieder einmal den Vorkämpfer der Gewalt in Frankreich Kusew geschickt.“ Diese Bemerkungen geben die Lage richtig wieder. Es ist schwer, sich einen Begriff der Empörung zu machen, die selbst in den sonst gemäßigten Zeitungen zum Ausdruck kommt. Der „Quotidien“, der sonst stets für die Versöhnung schreibt, verlangt in seiner Sonntagsnummer, daß die deutsche Regierung für dieses Verbrechen verantwortlich gemacht werden soll. Der Kanzler Cuno habe vorzusehen müssen, wohin seine „Politik“ per se Provokation“ führen müsse. Er müsse jetzt durch eine gemeinsame Auforderung aller Verbündeten gezwungen werden, die Regierung Männern zu überlassen, welche weniger chauvinistisch und chifflischer seien, als er. Vollkommen unzurechnungsfähig vor Mut ist Herr de geworden, der in der „Victoire“ nicht weniger als die Todesstrafe für ein hundert deutscher Geiseln verlangt.

Diese Stillproben dürfen genügen, um zu zeigen, bis zu welcher Siedehöhe gerade die Erhigung vorgeschritten ist. In den Zeitungen der äußersten Linken wird ausgesprochen, was jeder Vernünftige bedenken muß: daß alle diese Gewalttaten nur die Folge des unerträglichen Druckes sind, welcher bei der Besetzung des Ruhrgebiets auf der unglücklichen Bevölkerung lastet. Aber es darf nicht beschwolen werden, daß auch den ruhig denkenden Franzosen, die entschiedene Gegner der Regierung Poincarés sind, ein tiefes Mißtrauen gegen die Energie der Reichsregierung beim Kampfe gegen die deutsch-nationalistische Verschwörung besteht. Die politische Morde in Paris und die Nachschüt, mit der bisher die deutsch-nationalistische Partei in Mecklenburg behandelt worden ist, haben der Sache Deutschlands empfindlich geschadet.

Frankreich verzögert nach Kräften die Auslieferung unter den Mißerten und erschöpfelt während dieser Zeit das Ruhrgebiet immer mehr. Die Stimmung in der Welt war unter diesen Umständen für Deutschland nicht un-

günstig. England drängt, daß Frankreich die von England gestellten Fragen über die Ansicht Frankreichs bezüglich der Aufgabe des passiven Widerstandes und der künftigen Form der Ruhrbesetzung beantworte. Der Papst nimmt Stellung zu den Fragen der Ruhrbesetzung in einem Sinn, der Frankreich sehr unangenehm ist. Frankreich hat in der letzten Zeit die Verbindungen mit dem Vatikan wieder aufgenommen, sucht sie nach Möglichkeit freundlich zu gestalten und es kann ihm natürlich nicht lieb sein, wenn der Papst nun in der Reparationsfrage einen Standpunkt einnimmt, die in gewissem Umfang Deutschland gerecht wird. Die Attentäter in Deutschland hat nun aber den Papst beranlagt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und auch daraus ist zu ersehen, wie ungünstig auch außerhalb Deutschlands diese Sachen wirken. Die „Agencia Stefani“ meldete darüber:

„Der Papst, durch den am 30. vorigen Monats bei Duisburg vollführten Anschlag tief betrübt, ließ durch Kardinal Gaspari folgende Depesche an den Nuntius in Berlin richten: „Der St. Vater, der mit seinem Schreiben die Mächte zu einer friedlichen Verständigung zu bringen bestrbt war und alles zu vermeiden anriet, was eine solche Verständigung verhindern könnte, bedauert tief, von den Sabotageakten des besetzten Gebiets und von anderen unter dem Vorwand des passiven Widerstandes begangenen Verbrechen zu vernehmen. Der Papst beauftragt Sie, einschreiten dahin zu wirken, daß die deutsche Regierung ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt, der vom Heiligen Vater selbst verurteilt wird.“

Auf diese klare, deutliche Verurteilung solcher Sabotageakte warten wir noch. Wir fordern sie im Namen und im Interesse der Ruhrbevölkerung!

Soziale Rückständigkeit in manchen Unternehmensekreisen erschwert die Lage des weiteren. Man lese z. B. was die „Kölnische Zeitung“ über eine Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes berichtet, an der u. a. auch Cuno und der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker teilnahmen:

Reichberg-Bernhard gegen Stinnes-Hugenberg.

Die Berichterstattung aus den Parlamenten leidet je länger je mehr unter der Not der Zeitungen, aber noch mehr unter dem Monopol Stinnes. Nacheinander haben die Parlamentsbureaus Baake, Guttmann, E. P. C., Deutscher Zeitungsverlegerverein usw. ihre Parlamentsberichterstattung aufgeben oder einschränken müssen, der SPD-Dienst kann nur unter großen Opfern aufrechterhalten werden. Ohne Parlamentsbericht kann aber die Presse nicht sein und so greift fast die gesamte bürgerliche Presse zur Telegraphen-Union, dem von Stinnes abhängigen Unternehmen. Es ist natürlich gar nicht einmal nötig und wird praktisch auch wohl nicht vorkommen, daß Herr Stinnes der Telegraphen-Union Anweisung gibt über die Art und Weise, wie sie arbeiten soll. Auch ohne dies haben Nachrichten der Telegraphen-Union die Färbung, die mit den Interessen von Stinnes übereinstimmt. Selbstverständlich fallen diese Interessen mit dem Volksinteresse zusammen.“ Der Journalist, der das seinem Publikum nicht vormachen kann, taugt nichts für einen kapitalistischen Geldgeber. Die so notwendig sich ergebende Einseitigkeit der T.-U.-Berichterstattung aus den Parlamenten hat schon seit längerer Zeit den Plan einer amtlichen Berichterstattung aus den Parlamenten erwogen lassen. Da die Sozialdemokraten noch ihren eigenen Parlamentsdienst haben, kann man sich denken, wie sehr auch bürgerliche Kreise ein Stinnes-Pressemonopol fürchten, wenn sie ernsthaft mit dabei sind, die Möglichkeit amtlicher Berichterstattung zu erwägen.

Charakteristisch ist, daß auch Herr von Kardorff, der Führer der Volkspartei in Preußen, ein Haar in der Rutte des Pressemonopols fand. In einer Rede in Steinfur sprach er von der Notwendigkeit des Ausgetretens, wie es der von ihm vertretene Flügel seiner Partei ausspricht. Dabei sagte er über die Presse:

„Wir stehen heute vor ersten Entscheidungen auf dem Gebiete der Politik, und hierzu rechnet sich das Sterben der deutschen Presse. Das ist ein schwerer Schlag für die gesunde Entwicklung unseres öffentlichen Lebens. Aber sehr viel ernster ist es, daß wir es sehen müssen, daß die tieferen unabhängigen Presse in steigendem Maße von wirtschaftlichen Konzernen aufgekauft und beeinflusst wird. Die selbständige und unabhängige Presse, die Politik treibt auf Grund fester Weltanschauungen, ist in großer Gefahr. Eine solche Presse ist notwendig auch für unsere Partei. Parteien sind nicht unerschütterlich, sie bedürfen der Kritik, und die Politik der Parteien hat in letzter Zeit manche Kritik gefunden.“

Es liegt auf der Hand, daß die Worte Kardorffs sich praktisch in erster Linie gegen das Pressemonopol seines Parteifreundes Stinnes wenden.

Gegen den Monopolisten Stinnes, des ausschlaggebenden Faktors für die deutsche Politik, wendet sich auch der Großindustrielle Reichberg in einem Artikel des „Berliner Börsen-Couriers“ vom 27. Juni. Zeitung und Verfasser rechtfertigen, daß man diese Ausführungen wiederholt. Die Redaktion des „B. V. C.“ bemerkt einleitend, daß Stinnes zwar der schwer erschütterten deutschen Wirtschaft neue Stützen zu schaffen vermocht habe, aber es sei doch eine Erschöpfung der deutschen auswärtigen Politik, wenn sich im Ausland die weit über Ziel hinauschießende Meinung festsetzen sollte, Herr Stinnes sei tatsächlich der Stürmwind des deutschen Schicksals.

„Ein in mancher Beziehung übermächtiger Expansionsdrang muß allerdings — und hier ist die Aufmerksamkeit von Gefahrenquellen nur verdienstlich — seine Schranken finden in einer keinem überheblichen Einzelinteresse dienbaren staatlichen Gewalt, die im

„Mit sehr viel Temperament trug Herr Fabrikant Paul Ferd. Reddinghaus (Wevelsberg) seine Ausführungen über die Ruhrfront und ihre Folgen vor. Er forderte, daß der Ausfall der Produktion an Rhein und Ruhr durch Ueberarbeit im unbesetzten Deutschland ausgeglichen werde. Er sei ganz der Meinung wie Generaldirektor Winow, daß unter den heutigen Umständen 16 Stunden Arbeit nicht zuviel sein würden, um die deutsche Freiheit wieder zu erringen. Dazu müsse eine Vermehrung der Ausfuhr treten, denn infolge riesiger Zunahme der Uebererzeugung verhärtete sich die Nachfrage nach Devisen. Der billige Verkauf deutscher Ware im Ausland beruhe nur darauf, daß die Mark infolge der Stützungsaktion verhältnismäßig zu hoch gehalten würde. Jede Abänderung in den Ausfuhrabgaben schaffe jedesmal soviel Unruhe und soviel Wirrwarr in den alten Beziehungen, das keine noch so hoch gestellte Abgabe dieses Minus einbringen könne. Zu starker Ueberarbeit müsse erhebliche Verbrauchsschränkung kommen, und man dürfe sich vor der Erkenntnis nicht scheuen, daß übertriebene soziale Fürsorge die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigen könne.“

Wenn irgend etwas geeignet ist, die Ruhrfront zu gefährden, so sind es solche Ausführungen in einer Zeit, in der (bei Margarinepreisen von 2000 und Kartoffelpreisen von 4000 M. pro Pfund) Millionen fleißiger Arbeiter nicht wissen, wie sie die notwendigsten Bedürfnisse bestreiten sollen. Wenn irgend jemand aber am wenigsten Recht hat, Opfer von der Arbeiterkraft zu verlangen, dann sind es jene Kreise im Ruhr- und Rheinland, denen bei der Untersuchung über die Ursachen des Ruhrsturzes ganz unerbittlich der Vorwurf gemacht werden durfte, daß sie durch ihre unerbittlichen Devisenkäufe am meisten zu dem Preiswahnwitz und seinen Folgen beigetragen haben.

Der Kampf an der Ruhr kann noch heute den Erfolg haben, Verhandlungen von Regierung zu Regierung bald zu erreichen, aber die vorstehend unterstrichenen Vorbedingungen für die Erhaltung der Ruhrfront müssen von Regierung und Unternehmertum erfüllt werden. Sie fragen in erster Linie die Verantwortung für den Ausgang dieses gigantischen Kampfes, in dem das arbeitende Volk Opfer bis zum äußersten gebracht hat.

deutigen Deutschland, wenn auch noch nicht in voll ertüchtigtem Maße, das Ergebnis aller schaffenden Volksträfte ist.“

Reichberg zeigt in seinem Artikel, wie besorgniserregend es sei, wenn in den Händen eines Mannes wie Stinnes sich eine so große Macht verdrpere. Er hat Recht darin, aber so, daß 300 Menschen das Schicksal Deutschlands bestimmen, war es doch schon, als Rathenau vor langen Jahren sein Buch: „Von kommenden Dingen“ schrieb. Gar zu groß ist der Unterschied also nicht, die Gefahr für das Volk ist in beiden Fällen die gleiche. Es ist aber trotzdem von Interesse zu lesen, was Reichberg über die Stinnes-Gefahr schreibt und wie er seine Besorgnis mit einem Rückblick auf Stinnes' politische Tätigkeit in der Vergangenheit begründet:

„Wir sind in den Weltkrieg gegangen als ein Volk, das den aufgezwungenen Kampf in heiliger Einigkeit angenommen hat. Wir schlugen uns für das Reich, das uns Deutschlands großer Staatsmann, der eiserne Kanzler v. Bethmann Hollweg eingeleitet hat, und das es ihnen leider gelungen ist, diesen schwachen Nachfolger Bismarcks an die Wand zu drücken. Dadurch aber wurde jede Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens ausgeschlossen. Mehr als ein Frieden der Behauptung auf den „Status quo ante“ aber konnte der Kriegslage nach für Deutschland kaum erreichbar sein und ein solcher mußte daher von der deutschen Reichsleitung angestrebt werden. Weder Frankreich noch England konnten den Deutschen Belgien überlassen, es sei denn, daß beide Mächte völlig vernichtend geschlagen wurden. Damit aber durfte — das hat der große Feldmarschall Graf Scheller schon im Herbst des Jahres 1914 gesagt — nach der Schlacht an der Marne angeht die Reigenen Ueberlegenheit der Entente an Menschen und an Kriegsmaterial um so weniger gerechnet werden, als das Risiko jedes etwaigen militärischen Rückschlages für das eingeschlossene Deutschland von vornherein überaus schwerwiegend sein mußte.“

Es ist nicht mehr zu beweisen, ob ein Frieden der Behauptung Deutschlands im Weltkrieg geschlossen werden konnte. Ich meinerseits halte es nach meiner Kenntnis der Gegebenheiten für wahrscheinlich. Es ist aber ganz klar, daß die Anpreisungspropaganda der deutschen Schwerindustrie, wie sie nach der von Hugo Stinnes verlangten Freigabe der Erörterung über die Kriegsziele einsetzte, sehr wesentlich dazu beigetragen hat, die für den schweren Kampf lebenswichtige Einheit des deutschen Volkes zu sprengen. Die Opfer, welche dieser Kampf dem deutschen Volk abverlangte und die Entbehrungen, welche ihm auferlegt wurden, waren überaus hart. Trotzdem war das Volk entschlossen, bis zum äußersten auszuhalten. Es wollte aber wohl zur Verteidigung seines Reiches bis auf den letzten Atemzug kämpfen, nicht aber für Eroberungen oder gar für die Sonderinteressen Einzelner hungern und bluten. Die Politik des Herrn Stinnes und seiner Freunde hat

Wort aufgewendet. Der Verband hat im vergangenen Jahre Unter...

Neue Lohnerhöhungen im Bergbau.

Die Abspernung des Ruhrgebietes zwang uns zu anderen Dispositionen für die Herstellung der „Bergarbeiter-Zeitung“...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Französisch-belgisches Vorgehen gegen den Verband.

Kurz vor Redaktionsschluss geht uns die Nachricht zu, daß unser Gladbecker Bezirksleiter, Kamerad Gustav U. n. v. erricht, verhaftet worden ist.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist für das besetzte Gebiet für drei Monate verboten.

Zu diesen Vorfällen werden wir in der nächsten Nummer unseres Blattes Stellung nehmen.

Wie es gemacht wird.

Die Kommunistenpresse teilte kürzlich freudbestrahlend mit, daß in der Zahlstellenversammlung vom 24. Juni der Zahlstelle Essen des Bergarbeiterverbandes mit „übergroßer Mehrheit“ folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heute, den 24. Juni, tagende Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Essen des Bergarbeiterverbandes protestiert mit aller Schärfe gegen die geistlose und Arbeiter denutzende Schreibweise unserer Verbandszeitung. Die Verbandszeitung, welche nur Färgorgan und Wappenstein gegen den Kapitalismus sein soll...

Auch ohne uns danach zu erkundigen, wußten wir, wie die Resolution zustande gekommen war: Man redet und redet, bis die Versammlung leer ist, die ruhigen Verbandskameraden gehen zum Mittagessen, die Opposition bleibt und die „große Mehrheit“ ist da.

In Arah lag am 1. Juli der gemeinsame Versammlung der drei Zahlstellen die gleiche Resolution vor. Sie fand aber keine Gegenliebe: nach dem Referat des Kameraden Limberg und nach ausgiebiger Debatte stimmte die ganze große Versammlung mit Ausnahme von 21 Kameraden gegen die Entschließung.

Zu den Vorwürfen in der Entschließung möchten wir sagen: Was wir über die Zeichenrümer und ihre Laten mittelteil, waren nicht Bestimmungen unsererseits, sondern die wahrheitsgetreuen Berichte unserer Betriebsräte und Funktionäre von den einzelnen Gruben.

Ein erledigter Anionistenprozess.

Den Lesern ist bekannt, daß einige „Größen“ der Union gegen die „Bergarbeiter-Zig.“ wegen „Beleidigung“ lagen. So sind es einmal Hammer und Hermann und zum andern Mal der frühere Redakteur der „Union“, Bartels.

Am 5. Juli d. J. war Verhandlung vor dem Schöffengericht in Duer in der Beleidigungssache des Bartels gegen den Kameraden Schudh. Bereits am 30. Oktober 1922 fand eine Verhandlung statt, welche zwecks weiterer Zeugenvernehmung vertagt wurde.

Schon vor der Verhandlung wurde dem Kameraden Schudh mitgeteilt, daß der den Bartels vertretende Rechtsanwalt die Vertretung niedergelegt habe. Zur Verhandlung erschienen auch Bartels nicht!

zeichnet seine Wege: Tragikomik bis zum fürchterlichsten Familien-drama.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Änderung der Abschlagsstermine im Ruhrgebiet.

Bei den mit dem Zecheverband stattgefundenen Verhandlungen um Änderung der Zahlstermine ist eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß vom Monat Juli ab häufig die Abschlagszahlungen bzw. Lohnzahlungen einheitlich im ganzen Gebiet an einem Tage stattfinden.

Wir haben bei dieser Gelegenheit die wöchentliche Abschlagszahlung gefordert und grundsätzlich daran festgehalten. Die jetzige Regelung ist eine vorläufige. Weiter haben wir gefordert, daß der Restlohn des Vormonats mit dem zweiten Abschlag am 22. des folgenden Monats gezahlt werden soll.

Die Gründe der Änderung der jetzigen Zahlungsstermine sind darin zu erblicken, daß der jetzige Zustand unhalbar geworden ist. Durch die verschiedenen Zahlstermine auf den Zechen waren die Kameraden, die besonders spät gelöhnt wurden, gegenüber denjenigen, die bis drei Tage früher gelöhnt waren, benachteiligt.

Durch die Hinusschiebung der Zahlungsstermine entsteht zwischen der letzten Abschlagszahlung im Juni und der ersten Abschlagszahlung im Juli ein größerer Zwischenraum ohne Zahlung. Es soll deshalb am 7. Juli ein Abschlag eingeschaltet werden.

Auswähle.

Auf der Schachtanlage Scholven finden am 12. und 13. Juli Betriebsratswahlen statt. Es wird wohl keine Schachtanlage geben, wo innerhalb 16 Monaten dreimal Betriebsratswahlen stattfanden. Dieses ist kein Zeichen gesunder Verhältnisse.

Jetzt taucht auf dem trübsten Scholven ein neues Gebilde auf. Was mancher als einen schlechten Witz angesehen hat, ist eingetreten. Es wurde eine „Vertragsliste der Unorganisierten“ (1) eingereicht.

Ein weiteres: Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Fritz Duer, hatte sich bei der Wahl im November 1922 auf der Liste der Union wählen lassen, um dadurch in den Betriebsausschuß zu kommen.

Dieses alles sind Erscheinungen, die sich an einem ungesunden Körper zeigen. Für uns als freigeorganisierte Bergarbeiter muß die Parole sein: Hinweg mit diesem Fetus, hinweg mit diesen Zerplitterten der Arbeiterbewegung, fort mit den Eigenbröttern und Egoisten!

Erklärung.

Auf Grund einer Aussprache in zwei Sitzungen mit Vertretern des Verbandsvorstandes erkläre ich, daß ich die in meinen Artikeln vom 5. und 16. Juni in der „Bergarbeiter-Zig.“ aufgestellten Behauptungen, wonach der Vorstand des Bergarbeiterverbandes sich an der Bildung des hiesigen Selbstschutzes in Bochum durch Herausgabe von Listen beteiligt habe und das Bergbandsgebäude mit Blut besudelt sei, nicht aufrecht erhalten kann.

Nachdem Kamerad Bids vorstehende Erklärung abgibt, sind die gegen ihn gerichteten scharfen Ausdrücke in der „Bergarb.-Zig.“ (Nr. 26) vom 30. Juni hinfällig.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Vertrauen zum Verband.

Bei der unlängst getätigten Betriebsratswahl auf der Grube Weiß im rechtsrheinischen Erzbergbau (Bezirk Bensberg) erhielt die freie Gewerkschaft 200 Stimmen, die Liste der christlichen Gewerkschaften 40 Stimmen.

Sauerer, Kraußhweig, Sellen, Sippe.

Ein gefährliches Schachtungsgeld.

Im Röhrlingschacht bei Wettelrode (Eibsholz) sind bei den Trodenlegungsarbeiten drei Bergleute ertrunken. Wir erhalten über das Unglück folgenden Bericht:

Der im Jahre 1885 stillgelegte Röhrlingschacht soll wieder in Betrieb genommen werden. Im Schacht selbst wurden vor der Stilllegung drei Sohlen angelegt und zwar die Segen-Gottes-Sohle, die Mittelsohle und die Tiefbau-Sohle.

Der Schacht selber war von der Mittelsohle sowie von der Tiefbau-Sohle durch je ein Dammtor gesperrt. Nun war durch die Zeit der Jahre, in denen der Betrieb ruhte, der Schacht bis an die erste Sohle voll Wasser gelaufen. Ebenso voll war auch der Mittelsohle resp. Tiefbau-Sohle.

Nun erforderte das Ablassen und des Gefühlers waren sechs Mann erforderlich. Davon waren vier Mann auf Segen-Gottes-Sohle und zwei Mann im Schachte auf einer schwebenden Bühne, die durch eine Dampfbohrwinde bewegt wurde, tätig.

Der Schacht war vom alten Holz (Einfische usw.) und Wasser so weit befreit, daß man schon 1/2 Meter unter dem Gelände der Tiefbau-Sohle war, ungefähr 115 Meter unter der Segen-Gottes-Sohle. Das Sumpfen wurde in vier Schichten betrieben. Am 16. Juni war die Nachmittagschicht beim Wasserlämpfen, und zwar der Bauer Otto Busch (Großleinungen), der Bauer Oskar Zeumer (Möhningen) und der Aufseher Gustav Messerschmidt (Vengfeld) tätig, als früh 1,15 Uhr ein mächtige Detonation erfolgte.

Nun steht der Schacht wieder unter ungefähr 115 Meter Wasser. Mit dem Wasserlämpfen kann das Wasser nicht mehr gesumpft werden, weil mutmaßlich das Dammtor in der Tiefbau-Sohle durchbrochen ist und unterhalb der Segen-Gottes-Sohle steht, aufnimmt und das gesamte Wasser in den Schacht drängt.

Wenn nicht durch einen Glücksstand der Unter die Leiden aufhört, so kann man damit rechnen, daß die Leiden erst nach Monaten, wenn das Wasser gesumpft ist, gebunden werden, da die Pumpen usw. erst eingebaut werden müssen.

Die zwei Kameraden Busch und Zeumer waren Mitglieder des Verbandes. Ehre ihrem Andenken!

Der Bericht ist etwas unverständlich. Der erste Satz im zweiten Abschnitt soll wohl ausdrücken, daß die zwei Sohlenströme am Schacht durch Dammtore abgesperrt waren, um den Eintritt des Wassers in den Schacht zu verhindern.

Lagen die Dinge so, wie wir sie aus dem Bericht verstehen, so sind auf dem Röhrlingschacht große Fahrlässigkeiten durch die Werkleitung begangen worden. Er man von der Mittelsohle ab weiter runter, mußte man sich verwahren, ob das Dammtor auf der Mittelsohle den habilitierten Wasserlämpfer ausstieß. Das ist nicht gesehen. Man hat die Leute ohne diese Gewissheit in Lebensgefahr arbeiten lassen.

Die Zahlstelle Grund

verlor am 21. Juni einen guten Zahlstellenfunktionär, den Kameraden Albert Henze. Er starb nach schwerem Leiden. Infolge seiner selbstlosen aufopfernden Tätigkeit war er das Muster eines Verbandsmitgliedes. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche (vom 8. bis 14. Juli) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die neue Beitragsregelung.

Durch die neuen Lohnerhöhungen ist die bisherige Beitragskaffel wieder überholt worden. Wir lassen deshalb die Fortsetzung (in Mark) hier folgen:

Table with 4 columns: Stundenlohn, Beitrag, Stundenlohn, Beitrag. It lists various wage brackets and their corresponding contribution amounts in Marks.

Die Ortsverwaltungen und Mitglieder werden ersucht, die Beitragskaffel ihrem Status anzufügen.

Für das Ruhrgebiet tritt ab 15. Juli folgende Beitragsregelung ein:

Table with 2 columns: Category, Amount. Lists contribution amounts for different worker categories: Für Gebirgsarbeiter (10000 M.), Für Schichtarbeiter über 20 Jahre (8000 M.), etc.

Es ist Pflicht unserer Funktionäre, für eine reibungslose Durchführung der neuen Beitragsätze zu wirken.

Abonnementspreis für Frauensetzungen.

Der Abonnementspreis für Frauensetzungen wird ab 1. Juli von 300 auf 500 M. erhöht. Die Rollen erhalten davon 100 M. und 400 M. die Hauptkassier. Der Selbstkostenpreis der Frauensetzung beträgt schon seit längerer Zeit pro Nummer 60-70 M. und dürfte sich in den nächsten Tagen bis auf 100 M. steigern.

Erhöhung des Eintrittsgeldes.

Das Eintrittsgeld wird ab 1. Juli für voll verdienende Mitglieder auf 2000 M. und für jugendliche Mitglieder unter 16 Jahren und Frauen auf 1000 M. erhöht. Der Vorstand.